

Prüfung der neuen Steuerung IKT und Digitalisierung Bundeskanzlei, Bereich Digitale Transformation und IKT-Lenkung

Das Wesentliche in Kürze

Der Bundesrat hat auf Anfang 2021 ein neues, organisatorisch in der Bundeskanzlei angesiedeltes Kompetenzzentrum für Fragen der Digitalisierung geschaffen, den Bereich Digitale Transformation und IKT-Lenkung (DTI; IKT steht für Informations- und Kommunikationstechnologie). Gleichzeitig hat er das Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB) aufgelöst. Damit wird die digitale Transformation der Bundesverwaltung neu ausgerichtet, sodass durch die bessere Integration der Geschäftsprozesse und die vermehrte Nutzung vorhandener Daten der wirtschaftliche und effiziente Einsatz der IKT erreicht werden soll.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat geprüft, ob alle Aufträge und Pendenzen des ISB weiterbearbeitet werden, ob sie angemessen priorisiert wurden und ob Aufträge abgeschoben bzw. besser auf eine andere Organisationseinheit übertragen wurden. Zudem hat die EFK die Umsetzung von Empfehlungen aus früheren Prüfungen überprüft, die sich an das ISB richteten.¹

Die offenen Geschäfte wurden alle an Nachfolgeorganisationen übertragen. Dort werden sie weiterbearbeitet. Beim DTI müssen die Aufgaben anschliessend priorisiert werden oder zusätzliche Mittel beantragt werden. Die Umsetzung der Empfehlungen ist auf Kurs.

Alle Aufgaben und Pendenzen sind vom ISB an Nachfolgeorganisationen übergeben worden

Für den Übergang zur Nachfolgeorganisation DTI erstellte das ISB am 26. Juni 2020 ein Verzeichnis der Aufträge und Pendenzen. Diese Liste umfasste sechzehn Bundesratsgeschäfte, drei parlamentarische Initiativen und vierzehn Empfehlungen der EFK.

Von den sechzehn Bundesratsgeschäften wurden in der Zwischenzeit fünf abgeschlossen (z. B. Teilstrategie und Marktmodell für den IKT-Standarddienst Webauftritte), neun sind noch in Arbeit und werden regelmässig an die Auftraggeber rapportiert (z. B. Vorgaben, Steuerungs- und Betriebsmodell Rechenzentren-Verbund, Strategie und Konzept für den Ausbau der gemeinsamen Stammdatenverwaltung des Bundes). Bei zwei Aufträgen handelt es sich um wiederkehrende jährliche oder halbjährliche Aufgaben (Strategisches IKT-Controlling, Gesamtbeurteilung Ressourcen IKT).

Alle Geschäfte wurden an die Nachfolgeorganisationen – DTI oder Nationales Zentrum für Cybersicherheit – übertragen und werden dort weiterbearbeitet.

¹ Es handelt sich um die folgenden Berichte, abrufbar auf der Website der EFK (www.efk.admin.ch): «Prüfung von Entwicklung und Betrieb der Public Key Infrastructure» (PA 19465), «Audit de la gestion et de l'exploitation du service standard «gestion de l'identité et de l'accès»» (PA 18502), «Prüfung des IKT-Schlüsselprojektes Arbeitsplatzsysteme 2020» (PA 18257), «Prüfung des IKT-Schlüsselprojektes FISCAL-IT» (PA 16153), «Prüfung IKT-SPP: Prüfung des Projektes Rechenzentrum VBS / Bund 2020» (PA 16654), «Querschnittsprüfung: IT-Sicherheit des Bundes» (PA 16255).

Aufgaben und Aufträge des DTI sind erneut zu priorisieren

Anfang 2021 hat der Bereich DTI eine Übersicht seiner Aufgaben und Prioritäten in einem Portfolio zusammengefasst und den Interessierten (Departemente, Digitalisierungsrat des Bundes, Generalsekretärenkonferenz) vorgelegt. Aus dieser intensiven und aufwendigen Vernehmlassung resultierte, dass deutlich mehr Geschäfte vordringlich behandelt werden sollten als ursprünglich vorgeschlagen wurde (elf anstelle von fünf Vorhaben).

Die EFK ist zum Schluss gekommen, dass angesichts der ambitionierten Ziele des DTI eine noch stärkere Fokussierung auf prioritäre Aufgaben und Aufträge notwendig ist. Die EFK empfiehlt der Bundeskanzlei, die vorliegenden Aufgaben und Aufträge des Bereichs DTI erneut einer Priorisierung zu unterziehen und noch weiter zu fokussieren oder alternativ eine Aufstockung der Ressourcen zu beantragen.

Die Empfehlungen der EFK ans ISB sind mit einer Ausnahme umgesetzt

Die Empfehlungen der EFK an das ISB aus den Jahren 2016 bis 2019 wurden von den Verantwortlichen mit einer Ausnahme umgesetzt und sind damit erledigt. Die Empfehlung 18502.001 adressiert den Standarddienst Identitäts- und Zugangsverwaltung. Mit einem Standarddienst sollen einheitliche, zentrale Lösungen für alle Beteiligten bereitgestellt werden, um Synergien auszuschöpfen und damit Ressourcen zu sparen. Diese noch offene Empfehlung wird statt Ende 2021 voraussichtlich erst Ende 2023 vollständig abgeschlossen sein.